

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Energie und
Sauberkeit -

Tagesordnung II Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 06. März 2012

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0083

Errichtung von Lärmschutzwänden mit Photovoltaikmodulen am Neubau der Rheinbrücke Wiesbaden-Schierstein (A 643)

Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0105 vom 01.11.2011 Bericht des Magistrats

Mit Photovoltaikanlagen, die in Lärmschutzwänden integriert werden, lassen sich die Baukosten der Wände um bis zu 10 Prozent reduzieren. Weil private Betreiber den Bau übernehmen könnten, ist dieser Wandtyp nach Ansicht der Innovationsgemeinschaft Lärmschutz interessant. Zudem erhalten solche Objekte die gleiche Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wie Dachanlagen. Der daraus resultierende Doppelnutzen "Strom statt Lärm" erhöht überdies die Akzeptanz und das Image von Lärmschutzwänden.

Neueste Technologien in der Photovoltaik nutzen sogar beidseitig das Sonnenlicht und erzielen so über das Jahr einen gleich hohen Energieertrag.

Die zu erwartenden Gewinne könnten sinnvoller Weise zur Kostendeckung einer durchgängigen Lärmschutzwand investiert werden, so dass ein umfassender Lärmschutz, wie von der Stadt gefordert, sichergestellt werden könnte.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1. eine fachliche Prüfung auf Realisierbarkeit der Ausstattung der Schallschutzwände am Neubau der Rheinbrücke Wiesbaden-Schierstein beidseits der A 643 mit Photovoltaikanlagen zu veranlassen.
- 2. falls diese zu einem positiven Ergebnis kommt: beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung die Forderung zu erheben, die für den Lärmschutz erforderlichen Schallschutzwände mit Photovoltaikanlagen auszustatten.

Beschluss Nr. 0033

Der Bericht des Magistrats vom 13.01.2012 wird zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Wiesbaden, .03.2012

Maritzen Vorsitzender

Seite: 1/2

Der Stadtverordnetenvorsteher Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat Wiesbaden, .03.2012

- 16 -

Dezernat II

mit der Bitte um Kenntnisnahme Dr. Müller

Oberbürgermeister

Seite: 2/2